



ORDENTLICHER PARTEITAG

Ein Blick zurück und ein Blick nach vorne

Ausserordentliche Parteitage finden in Aarau statt, der ordentliche Parteitag jeweils an einem anderen Ort. Dieses Jahr aber treffen wir uns am 21. Juni 2014 ausnahmsweise in Aarau, in der Kaserne nahe dem Bahnhof. Die Delegierten sind herzlich zum gemeinsamen Mittagessen eingeladen. Ich freue mich darauf, dieses Jahr möglichst alle über 200 Delegierten in Aarau begrüßen zu dürfen.

Am 21. Juni wird das neue Parteipräsidium der Kantonalpartei gewählt. Und es zeichnet sich bis zum Redaktionsschluss ab: Die Delegierten werden auswählen und nicht nur bestätigen können. Ich danke an dieser Stelle allen Kandidierenden, dass sie sich dem Parteitag zur Verfügung stellen. Die statutenkonforme Ausschreibung von Präsidium und GL-Gesamterneuerungswahl erhalten die Delegierten in diesen Tagen per Post.

Nach über 8½ Jahren darf ich das Amt des Parteipräsidenten weitergegeben. Ich trete nach knapp über 10 Jahren auch aus der Geschäftsleitung der Kantonalpartei zurück. Es war eine spannende und äusserst lehrreiche Zeit. Viele und vieles werde ich wohl vermissen. Anderes nicht. Die zahlenmässige Bilanz: Mehrere zehntausend E-Mails, mehrere tausend Telefonminuten, mehrere hundert Sitzungen, Vernehmlassungen, Medienmitteilungen, Dutzende Medienkonferenzen und auch einige (Wahl-)Erfolge. Die vielen guten, motivierenden Kontakte mit Mitgliedern lassen die Niederlagen und schmerzhaften Momente fast verschwinden. Dafür sage ich Euch allen Danke. Mit vielen wird der Kontakt weiterhin bestehen bleiben, darauf freue ich mich. Und über mehr freie Zeit.

Danke sage ich: allen Parteimitgliedern, die sich für unsere Ziele einsetzen. Den Kolleginnen und Kollegen in der Grossratsfraktion: Ihr macht einen harten, aber



guten Job. Unserer Ständerätin Pascale, unserem Regierungsrat Urs und unseren Nationalrät_innen Yvonne, Max und Cédric für die gute Zusammenarbeit und ihren Einsatz. Unserer Redaktorin Katharina für das jedesmal perfekte Produkt links.ag und die Geduld mit mir. Der Fraktions-Copäsidentin Marie-Louise, denn sie muss den Laden zusammenhalten und alle rechtzeitig am richtigen Ort positionieren. Dem Fraktions-Copäsidenten Dieter für die vielen Telefongespräche, auch nachts, in den Ferien und an Sonntagen, neben allem anderen, das wir nur gemeinsam stemmen konnten. Allen (bisherigen und aktuellen) Geschäftsleitungsmitgliedern: Es ist meist eine knochenharte und trockene Arbeit, die Ihr da leistet. Mariann, Chantal, Marco, Jeannette, Roberto, Sonia, Brigitte, Salome und Regula für Euren jahrelangen, täglichen, hochprofessionellen Einsatz im Parteisekretariat und dafür, dass Ihr auch stets ausserhalb der Bürozeiten verfügbar gewesen seid. Und ein riesengrosses Merci geht an Claudio Marti, «meinen» Copäsidenten 2006 bis 2009, und an Eva Schaffner Wicki, «meine» Vizepräsidentin von 2010 bis 2014. Ich habe selten so gute Zusammenarbeit erleben dürfen wie mit Euch – zu jeder Zeit, ohne eine Ausnahme. Das nenn ich Glück.

Marco Hardmeier von Aarau ist bis am 21. Juni 2014 Präsident der SP Kanton Aargau und auch weiterhin Vizepräsident des Grossen Rates.

EDITORIAL

Egoisten kurz vor dem Ziel

Bei der Abstimmung zur Steuergesetzrevision vor zwei Jahren beteuerte Finanzdirektor Brogli, der Kanton Aargau werde auch mit der Steuersenkung die Mittel haben, um seine Aufgaben weiterhin «qualitativ gut zu erfüllen». Jetzt werden Schulfreifächer gestrichen und Krankenkassenprämien-Verbilligungen gekürzt. Das Sparpaket bedeutet Leistungsabbau – exakt in dem Umfang, in dem der Kanton wegen der Steuersenkungen Einnahmen verloren hat. Eine solche Finanzpolitik verkauft die Bevölkerung für dumm. Sie hat versagt.

Der Finanzdirektor muss deshalb zurücktreten. Alleine ist er am finanziellen Scherbenhaufen aber nicht schuld. Die bürgerliche Mehrheit im Kanton hat jahrelang Steuersenkungen erzwungen, als gäbe es kein Morgen. Anschliessend hat sie – folgerichtig – eine Sparhysterie entwickelt. Sie gibt vor, staatliche Leistungen und deren Wirkungen zu hinterfragen. Genau das tut sie aber nicht. Sie prangert alles an, was kostet – bloss, weil es kostet. Sie will nichts anderes als den Staat kaputtsparen und die Gesellschaft entsolidarisieren.

Die Egoisten-Koalition ist fast am Ziel: Der Regierungsrat ist auf das falsche Spiel hereingefallen. Jetzt müssen die Sparmassnahmen nur noch ohne viel Aufhebens durchgewinkt werden. Da machen wir nicht mit. In dieser links.ag-Ausgabe zeigen wir die Massnahmen, vor allem in der Bildung, auf. Damit klar wird, worauf die Allgemeinheit verzichten soll, weil Gutverdienende etwas weniger Steuern zahlen und es wohl kaum merken...

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Präsident der Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben VWA.



SPARPAKET «LEISTUNGSANALYSE»

Bildung: Die Büchse der Pandora wird geöffnet

Die zahlreichen Stellungnahmen und Protestschriften gegen die Sparmassnahmen in der Bildung haben leider wenig bewirkt. Neben dem Verzicht auf die Abschaffung der Einschulungsklassen, der unter anderem mit zusätzlichen inakzeptablen Einsparungen beim Deutsch als Zweitsprache kompensiert werden soll, wurden bloss die Kürzungen im Wahlfachangebot auf der Oberstufe etwas reduziert. Leider liegen nur die wenigsten Sparmassnahmen im Entscheidungsbereich des Grossen Rates.



Die Abschaffung des hochwirksamen Werk- und Berufswahljahres wird die SP bekämpfen, denn in diesen beiden speziellen Schulangeboten wird heute mit grossem Erfolg gearbeitet. Auch die Einführung einer Kostenbeteiligung im Freifach Instrumentalunterricht an Aargauer Mittelschulen – die Halblektion mit 22,5 Minuten pro Woche soll ab Schuljahr 2016 17 400 Franken im Semester kosten – ist klar abzulehnen, handelt es sich doch um die sechste Massnahme seit 2004 mit erheblichen Einsparungen im Bereich der musikalischen Bildung. Und dies notabene, nachdem vor zwei Jahren der Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung im Aargau mit 75 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde! Die angestrebte Änderung des Schulgesetzes dürfte im Übrigen nicht auf den Instrumentalbereich beschränkt bleiben, sondern einer Kostenbetei-

gung im gesamten Freifachbereich der Mittelschulen grundsätzlich Tür und Tor öffnen! Das Naturama unterstützt die Schulen in der Wissensvermittlung in den Bereichen Natur und Umwelt kompetent, innovativ und umfassend. Der Abbau im Leistungsbereich Bildung steht im Widerspruch zur regierungsrätlichen Aussage, dass der Förderung der Naturwissenschaften eine hohe Priorität zukommt, und er ist deshalb abzulehnen. Weitere in die Kompetenz des Regierungsrates fallende Sparmassnahmen, wie die Einsparungen beim Deutsch als Zweitsprache, bei der Begabtenförderung, beim schulpсихologischen Dienst und beim Sprachheilunterricht, müssen bei der Behandlung des Aufgaben- und Finanzplanes bekämpft werden.

Thomas Leitch von Wohlen ist als SP-Grossrat Präsident der Kommission für Bildung, Kultur und Sport BKS und Präsident der SP Bezirk Bremgarten.

Sparen an den Schwächsten

Das als Leistungsanalyse schöneredete Sparpaket ist ein Paradebeispiel für einen Leistungsabbau, der gerade im Bildungs- und Sozialbereich die Schwächsten in unserer Gesellschaft am härtesten trifft und schamlos Steuergeschenke an privilegierte Bevölkerungskreise verteidigt.



Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung. Hier soll der Kreis der Bezugsbe-

rechtigten – notabene Menschen in materiell sehr bescheidenen Verhältnissen, häufig junge Familien mit Kindern und Alleinerziehende – durch eine Absenkung der Richtprämie und eine Anhebung des massgeblichen Einkommensanteils deutlich eingeschränkt werden. Dabei wird von der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Parlament eine erhebliche Zunahme der Anzahl Sozialhilfeempfänger, damit auch eine Verbannung dieser Menschen in die materielle Abhängigkeit und eine entsprechende finanzielle Mehrbelastung der Gemeinden, bewusst und offenen Auges in Kauf genommen. Eine solche Haltung ist sozial- und finanzpolitisch verantwortungslos!

Durch einen erhöhten Vermögensverzehr bei betagten Personen in Heimen und Spitälern soll ebenso der Kreis von Bezügerinnen und Bezüger einer Ergänzungsleistung zur AHV noch weiter eingeschränkt werden. Auch diese Massnahme trifft in erster Linie Menschen in materiell bescheidenen Verhältnissen und wird zu einer Zunahme der Sozialhilfekosten führen, dies notabene zu Gunsten von Steuergeschenken an Reiche. Das ist inakzeptabel!

Die aus Spargründen angestrebte Aufhebung der öffentlichen Pilzkontrolle lehnen wir als kurzsichtige Massnahme mit potentiell schwerwiegenden Folgen ebenfalls ab. Eine qualifizierte Pilzkontrolle darf nicht dem Zufall überlassen werden. Eine einzige, schwere Pilzvergiftung kann unsägliches Leid verursachen, gar nicht zu sprechen von den Kosten, welche die minimalen Einsparungen rasch um ein Vielfaches übersteigen werden!

Jürg Knuchel von Aarau ist leitender Arzt am Kantonsspital Aarau und als SP-Grossrat Mitglied der Kommission Gesundheit und Sozialwesen.

Die Steuersenkungen zahlen die Armen

Das neoliberale Programm der letzten 20 Jahre hat sich in den bürgerlichen Köpfen festgesetzt und zeigt sich in der immer gleichen, verhäng-



nissvollen Spirale: Kaum liegt eine einigermaßen ausgeglichene Staatsrechnung vor, folgt eine Steuersenkungsrunde. Und anschliessend wird wegen der geringeren Erträge ein Sparpaket auf dem Buckel der Schwächsten geschnürt. In den Sozialbudgets sowie in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Umwelt wird der Rotstift nämlich besonders gerne eingesetzt. Und dieser ganze Vorgang ist schon wieder die Vorbereitung für die nächste Steuersenkung.



Von Bremgarter Eltern organisiertes Picknick im Kasinopark Aarau gegen das Sparen bei der Bildung.

Was daran so unsozial ist? Von den Steuerenkungen profitieren die Reichen wegen der Progression besonders stark, die höheren Abgaben und Gebühren, die jeder Senkungsrunde folgen, belasten alle Menschen nominal gleich und treffen deshalb die Ärmeren am stärksten. Die SP-Fraktion wird deshalb auf die Massnahmen der «Leistungsanalyse», die uns nur Probleme bringen, gar nicht erst eintreten.

Marie-Louise Nussbaumer Marty von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin, Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Kommission für Aufgaben und Finanzen KAPF.

Personal als Kapital

Das Personal ist das wichtigste Kapital jeder Unternehmung. Dieser Grundsatz gilt auch für den Kanton als Arbeitgeber. Jede Massnahme,



die das Personal in seiner optimalen Aufgabenerfüllung unterstützt, ist zu begrüssen. Die SP unterstützt unter diesem Blickwinkel die Optimierung des Case-Management* für die Verwaltung. Je besser es

mit geeigneten Begleitmassnahmen gelingt, die krankheitsbedingten Absenzen der Angestellten zu reduzieren, desto besser ist die Situation für alle Beteiligten. Der Arbeitgeber spart Krankheitskosten und die Arbeitnehmenden geniessen eine bessere gesundheitliche Situation. Diese Massnahme zeigt exemplarisch auf, dass gezielte Investitionen global und langfristig gesehen zu Einsparungen führen können. Die Optimierung des Case-Management ist nur der erste Schritt. In einem zweiten Schritt muss die Arbeitsbelastung des Personals so gesteuert werden, dass die Anzahl derjenigen Mitarbeitenden, die aus diesem Grund krank werden, reduziert werden kann. Die im Sparpaket vorgesehene Plafonierung der staatlichen Stellen bei steigender Arbeitsbelastung ist hier mit Sicherheit nicht der richtige Weg. Die gestiegenen Anforderungen an die Verwaltung und das daraus resultierende Stellenwachstum sind in direktem Zusammenhang zu sehen.

Manfred Dubach von Zofingen ist als SP-Grossrat Mitglied der Kommission Allgemeine Verwaltung AVW und Präsident der Konferenz aargauischer Staatspersonalverbände KASPV.

Sparen an Natur und Umwelt

Wenn schon gespart werden muss, gäbe es im Bereich Bau und Verkehr ein paar echte und gewichtige Sparmassnahmen. Ein Kreislauf kann im Aargau gut und gerne zweistellige Millionenbeträge kosten. Kantonsstrassen werden bereits dann saniert, wenn sie in unseren

Nachbarländern noch als neuwertig gelten würden. Jedoch: Beim Individualverkehr wird im Aargau nicht gespart. Die Strassenkasse ist



prall gefüllt und ermöglicht es, auch zweifelhafte Strassenprojekte zu finanzieren. Und falls die betroffenen Gemeinden noch Bedenken haben, wird deren Finanzierungsanteil massiv gesenkt.

Bei anderen Projekten soll aber dringend gespart werden. Mittel für die Förderprogramme Energie sind offenbar weder aus ökonomischer und schon gar nicht aus ökologischer Sicht sinnvoll. Dieser Glaube zieht sich durch alle Sparmassnahmen im Departement Bau Verkehr und Umwelt. Bei etlichen Massnahmen werden einfach Kosten vom Kanton zu den Gemeinden verschoben. Fatal für Umwelt und Natur ist die Reduktion der Kantonsbeiträge an Gewässer-Revitalisierungen oder an Bewirtschaftungsverträge in Naturschutzgebieten. Auch sollen Beiträge an die Forstreviere der Gemeinden reduziert und Naturschutzprogramme im Wald arg gestutzt werden.

Im Naturschutz hatte der Aargau in der Vergangenheit oft eine Vorbildfunktion. Mit Umsicht und geringem finanziellen Aufwand wurden Projekte im Auenwald, im Jura und auch Vernetzungsprojekte für Natur und Umwelt in urbanen Gebieten gefördert. Nun wird gekürzt. Das ist weder klug noch umsichtig und spart unter dem Strich keinen Franken. Mehr noch, die Motivation sinkt, dass sich Gemeinden für Naturschutz-Projekte engagieren. Dabei sind gemäss Umfragen Natur und Umwelt für die Standortattraktivität die wichtigsten Faktoren.

Dies alles zeugt nicht von einer umsichtigen Aargauer Politik. Ohne eigentlichen Spareffekt werden bisherige Investitionen zunichte gemacht oder Kosten auf die Gemeinden überwälzt. Dies gilt es engagiert zu verhindern.

Martin Brügger von Brugg ist als SP-Grossrat stellvertretendes Mitglied der Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung (UBV).

Scheinsparen bei Justiz und Sicherheit

Ganze drei Massnahmen werden im Bereich Justiz und Sicherheit vorgeschlagen. Die neue Verrechnung der Anklagegebühr der Staatsanwaltschaft an Verurteilte ist unbestritten, ebenso die Erhöhung des Kostendeckungsgrads im Strafverfahren, der im Aargau vergleichsweise tief ist. Solche Gebührenerhöhungen sind beliebte Einnahmensteigerungen im Rahmen von Sparmassnahmen. Allerdings ist bei Verurteilten nicht immer etwas zu holen. Und so

bleiben dann sogenannte Debitorenausstände am Kanton hängen, und mit dem Sparen oder Mehreinnehmen wird es nichts. Ähnlich wird



es mit der dritten Massnahme geschehen, mit der der Kanton seine kriminalpolizeilichen Aktivitäten neu auf die Gemeinden abwälzen will. Wo die Gemeinden die Kosten nicht übernehmen wollen, wird sie der Kanton weiter tragen müssen. Vielleicht muss auch ein Abbau der Sicherheit in Kauf genommen werden. Wer will das?

Katharina Kerr war SP-Grossrätin und ist heute Präsidentin des vpod aargau und Redaktorin von links.ag.

* Unter Case-Management (Fallbetreuung) versteht man die komplexe Unterstützung über Institutionsgrenzen hinweg von Menschen in schwierigen beruflichen, gesundheitlichen oder familiären etc. Situationen.

Restaurant Löwen Mellingen

16. Mai 2014

Begrüssung 20.00 Uhr
durch Tizian Künzler

Offizielle Gründung der
SP Sektion Mellingen-
Wohlenschwil-Mägenwil

Grussbotschaft von
Ständerätin
Pascale Bruderer Wyss

Grussbotschaft von
Nationalrat
Max Chopard-Acklin

Einlage von Gusti Pollak,
Kabarettist, Liedermacher,
Sprachseiltänzer

Es lädt ein:
SP Mellingen-
Wohlenschwil-Mägenwil
www.sp-mwm.ch

SP FRAUEN AARGAU

Die SP Frauen Aargau starten

Die Geschäftsleitung (GL) der SP Aargau fällt 2013 nach mehreren Anlässen zu den Themen Diversität und «Wie weiter mit den Frauen SP Aargau?» den Entscheid für die SP Frauen Aargau und für einen parallel dazu arbeitenden Fachausschuss Diversität. Voraussetzung war eine Kandidatin für das Präsidium der SP Frauen Aargau. Mit Viviane Hösli aus Zofingen stellt sich eine berufstätige Mutter und Grossrätin zur Verfügung, die mit Unterstützung der GL und des Sekretariats motiviert ist, dieses wichtige Amt zu übernehmen.

Schlanke Struktur – Frühlings- und Herbstversammlung

Geplant ist eine schlanke Struktur für die SP Frauen. Viele Frauen in der SP sind schon enorm engagiert, oder aber das Gegenteil ist der Fall: Sie stehen noch ganz am Anfang und suchen den geeigneten Ort, um mitwirken zu können. Es wird keine regelmässigen Vorstands- oder sonstige Sitzungen geben, abgesehen von der reglementarischen Jahresversammlung (Frauenkonferenz) im Frühling und einem Treffen im Herbst. Diese Treffen sollen unter dem Motto stehen: Da hol ich mir Kraft und Energie für mein Wirken in der SP und in der Politik. Ebenso wichtig ist die Vernetzung.

Da die SP Frauen Aargau aber keinesfalls ein Wohlfühlverein, sondern eine starke Stimme der Frauen inner- und ausserhalb der SP sind, werden wir an den Versammlungen entscheiden, für welche politischen Sachgeschäfte und Projekte wir uns einsetzen wollen. Wir verfügen über ein grosses Potential an Fachfrauen in der Partei, und dieses Wissen gilt es gezielt zu nutzen. Die Organisation als Projektgruppe erlaubt auch vielbeschäftigten Frauen ein Engagement in einem klar definierten Zeitraum. Dabei sind alle eingeladen, die Interesse am Thema mitbringen und sich dafür etwas Zeit nehmen wollen. Als mögliches Beispiel kann hier das Rahmengesetz für die externe Familienbetreuung genannt werden, das im Herbst 2014 im Grosse Rat beraten wird. Hier kann der Gesetzgebungsprozess aktiv von den SP Frauen begleitet werden. Der Entwurf des Rahmengesetzes in der Vernehmlassung schiebt einen grossen Teil der Verantwortung an die Gemeinden ab. Dies bedeutet, dass wir uns darauf einstellen müssen, auch direkt vor Ort aktiv zu werden, um eine gute Grundlage für die externe Betreuung herzustellen. Wir haben in den Sektionen viele engagierte Frauen, die sich bei diesem Thema engagieren wollen. Unter Umständen fehlt aber das Wissen. Die SP Frauen können hier helfen, indem wir die Kompetenzen innerhalb der SP sammeln und

Fachfrauen in die Sektionen vermitteln. Die politische Arbeit muss dann nicht nur von uns Frauen übernommen werden, aber wir können gemeinsam mit den Sektionen für eine gute Ausführung des kantonalen Rahmengesetzes in den Gemeinden sorgen.

Wir verfügen über ein grosses Potential an Fachfrauen in der Partei, und dieses Wissen gilt es gezielt zu nutzen.

Kandidatinnen für die SP

Den SP Frauen Aargau ist es wichtig, dass wir den Frauennachwuchs in der Partei gezielt fördern. Dies kann nicht allein von der Kan-

tonalpartei erwartet werden, sondern muss ebenfalls in den Sektionen und Bezirken geschehen. Ein weiteres Projekt der SP Frauen ist es darum, die Bezirks- und Sektionsparteien bei der Suche nach Frauennachwuchs zu unterstützen. Vorgesehen ist eine Art Werkzeugkasten, welcher den Vorständen für die Förderung des Nachwuchses dienen soll. Im politischen Alltag geht schnell vergessen, dass die nächsten Grossratswahlen bereits 2016 stattfinden. Insbesondere Frauen brauchen viel Zeit und auch Ermutigung, bis sie sich für eine Kandidatur entscheiden. Auch eine Zusammenarbeit mit den JUSO ist hier sehr wünschenswert. Dort sind besonders viele junge Frauen zu finden, die am Anfang ihres politischen Weges stehen. Aber nicht nur junge Frauen sollen gefördert werden, sondern auch

Es braucht den Einsatz für die

Viviane Hösli, woher kommst Du? Was hat Dich geprägt?

Ich bin bei meiner Mutter aufgewachsen. Sie war alleinerziehend und berufstätig, und es war stets wenig Geld vorhanden. Meine Mutter hat immer wieder kämpfen müssen, sich davon aber nie aufhalten lassen. Von ihr habe ich gelernt, dass es sich lohnt, einen sehr starken Willen zu haben.

Warum willst Du Dich für die Anliegen der Frauen engagieren?

Ich habe mich schon als Kind als Feministin bezeichnet. Die Gleichstellung ist noch nicht erreicht: bei der Lohngleichheit, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Vertretung von Frauen im Kader. Viel schlimmer ist aber, dass wir momentan gesellschaftlich einen Backlash erleben: Es gibt unter jungen Frauen den Druck, Vollzeit für Familie und Kind da zu sein und sich aus dem Berufsleben (vorübergehend) zurückzuziehen. Wenn das der freie Wille der Mutter ist und es finanziell geht,



KOMMENTAR

Unsere Stimme wird wieder gehört

2013 hat sich die SP Kanton Aargau intensiv mit dem Thema Gleichstellung auseinandergesetzt: An mehreren Anlässen



haben wir Möglichkeiten für die Gleichstellung und eine bessere Berücksichtigung von Vielfalt in unserer Kantonalpartei diskutiert.

Ziel der verschiedenen Diskussionsrunden,

Workshops und Vorträgen war es aber auch, die Rolle der SP Frauen im Kanton Aargau neu zu definieren. „Wie weiter mit den SP Frauen?“ lautete so auch der Titel der letzten Diversity-Veranstaltung im August 2013. Es galt, der Sektion der SP Frauen im Kanton Aargau neuen Schwung zu verleihen und Gleichstellungspolitik wieder fest in unserer Kantonalpartei zu verorten. Das ist gelungen: Mit Viviane Hösli haben wir eine engagierte junge Frau gefunden, die dafür sorgen wird, dass Frauen- und Gleichstellungsthemen in der Öffentlichkeit und im Grossen Rat des Kantons Aargau eine Stimme finden.

Die SP Frauen Schweiz, deren Präsidentin ich bin, sind angewiesen auf funktionierende, aktive Gruppen in den Kantonen, die die uns wichtigen Themen auf dem politischen Parkett behalten. Gleichstellungspolitische Themen sind oft unbequem, weil sie persönliche Lebensentwürfe und Verhaltensmuster ebenso in Frage stellen wie politische Gegebenheiten. Oft fallen solche Themen deshalb auch gerne mal unter den Tisch oder kommen nur schleppend voran. Besonders in Anbetracht der nationalen Wahlen 2015 freue ich mich deshalb, dass unsere Stimme im Kanton Aargau wieder besser gehört wird. Für einen frauenfreundlichen, gleichstellungsgerechten und vielfältigen Kanton!

Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Gemeinderätin, Nationalrätin und Präsidentin der SP Frauen Schweiz.

wieder

die Frauen, die mit beispielsweise 40 plötzlich Lust bekommen, in die Politik einzusteigen. Hier ist die Hürde am Anfang besonders hoch: Wo hole ich mir Rat, wenn ich nicht weiss, wie ich etwas anpacken soll? Die Projektgruppen sind also auch für Frauen da, die sich in ein politisches Thema einarbeiten wollen.

Eine Vision und zwei konkrete Projekte

Die SP Frauen Aargau starten also mit einer Vision, zwei konkreten Projektgruppen und viel Mut, dies alles umzusetzen. Wir freuen uns auf viele Frauen, die uns dabei begleiten, ein Stück des Weges mit uns gehen und sich in einem Projekt engagieren.

Sollte einmal die tatsächliche Gleichstellung erreicht werden, dann können sich die SP Frauen Aargau getrost auflösen. Solange dies nicht der Fall ist, braucht es die SP Frauen Aargau mit einer lauten Stimme für die Frauen: in der SP und ausserhalb der SP.

Viviane Hösli ist SP-Grossrätin.

Gleichstellung

dann freut es mich für sie. Aber der Druck der Gesellschaft, sich diesem Familienmodell zu unterwerfen, wächst wieder, und das macht mir Sorgen.

Welche Themen stehen an?
Welche Frauen willst Du erreichen?

Neben den konkreten Projekten gilt es immer wieder, Abwehrkämpfe zu führen. Zuletzt haben wir dies bei der SVP-Familien- und bei der Abtreibungsinitiative gesehen. Ich hoffe, dass es uns aber trotzdem gelingen wird, eigene Akzente zu setzen. Hier werden die Themen aber nicht vom Präsidium gesetzt, sondern von den Frauen an der Frauenkonferenz.

Die SP Aargau hat einen Fachausschuss Diversität beschlossen. Gibt es Gemeinsamkeiten der SP Frauen mit diesem Fachausschuss?

Wir wollen nicht gegeneinander arbeiten. Die SP Frauen Aargau und der Fachausschuss Diversität werden bestimmte thematische Überschneidungen haben und dann zusammenarbeiten. Und wenn es zu Überschnei-

«Schlussendlich geht es ja darum, etwas zu erreichen, und das schaffen wir nur dann, wenn wir das gesamte Potential in der SP nutzen.»

dungen kommt, werden wir als SP Frauen mit allen Fachausschüssen zusammenarbeiten, auch wenn diese mit Männern besetzt sind. Schlussendlich geht es ja darum, etwas zu erreichen, und das schaffen wir nur dann, wenn wir das gesamte Potential in der SP nutzen.

Viviane Hösli von Zofingen ist SP-Grossrätin und stellt sich am 15. Mai zur Wahl als Präsidentin der SP Frauen Aargau.

NEUE RAUMENTWICKLUNG IM AARGAU

Die neue Raumplanung hat qualitative Ziele

Bisher wurde der kantonale Richtplan im Aargau vom Grossen Rat aufgrund der veränderten Zonenpläne der einzelnen Gemeinden immer wieder angepasst. Meistens folgten die Interessenvertreter im Parlament den manchmal überbordenden Siedlungswünschen der Kommunen. GegnerInnen dieser Praxis beklagten den so entstandenen „Siedlungsbrei“. Mit dem neuen Raumplanungsgesetz (NRPG) soll dies ändern. links.ag fragte den Aargauer Kantonsplaner Daniel Kolb nach den Folgen des NRPG für den Aargau.

Daniel Kolb, was muss im neuen Richtplan festgelegt werden? Was ändert sich für den Aargau mit dem neuen Raumplanungsgesetz (NRPG) generell und was für die einzelnen Regionen?

Aufgrund des revidierten RPG muss der kantonale Richtplan unter anderem folgendes regeln: Umfang und Verteilung der Siedlungsfläche, Abstimmung Siedlung und Verkehr, Siedlungsentwicklung nach innen, überkommunale Abstimmung von Lage und Grösse der Bauzonen und Kriterien für die Zuweisung von Land zu Bauzonen. Ziel des NRPG ist die Siedlungsentwicklung nach innen und damit die Eindämmung einer weiteren Zersiedelung. Für den Aargau ist es ein Paradigmenwechsel, dass das Siedlungsgebiet für den Richtplanhorizont von 25 Jahren festgelegt werden muss. Bisher wurde der Richtplan rollend angepasst, praktisch jedesmal, wenn eine Gemeinde einen begründeten Antrag für eine Einzonung stellte. Die einzelnen Regionen haben entsprechend ihrer Ausgangslage und der zu erwartenden Entwicklung sehr unterschiedliche Herausforderungen. Einige erhalten zusätzliches Siedlungsgebiet, andere können das erwartete Bevölkerungswachstum in den bestehenden Bauzonen aufnehmen.

Welche Kriterien sind für die neue Raumentwicklung im Aargau massgebend? Welche Rolle spielt der Verkehr, welche die einzelnen Landschafts- und Siedlungsformen?

Eine möglichst gute Abstimmung von Siedlungs-, Verkehrs- und Freiraumentwicklung ist die grosse Herausforderung an die Rau-



Dr. iur und dipl. Raumplaner ETH Daniel Kolb von Aarau ist Leiter der kantonalen Abteilung für Raumentwicklung und damit Kantonsplaner.

entwicklung besonders auch im Aargau. Wir liegen mitten zwischen den dynamisch wachsenden Zentren und sind aufgrund der guten Erreichbarkeit ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum. Damit kommen aber Natur- und Landschaftsräume immer mehr unter Druck. Befragungen ergeben immer wieder, dass diese Räume für die Bevölkerung ein sehr wichtiger Standortfaktor sind. Im Zentrum steht die Umsetzung des vom Grossen Rat mit dem Richtplan beschlossenen Raumkonzepts.

Was heisst «Siedlungsentwicklung nach innen»?

Statt von «Verdichtung» sprechen wir lieber von «Siedlungsentwicklung nach innen». Diese richtet das Augenmerk nicht nur auf die quantitative, sondern besonders auch auf die qualitative Entwicklung des bebauten Siedlungsgebiets. Der Begriff «Verdichtung» kann Ängste auslösen, da die städtebauliche Qualität oft vergessen geht. Wo diese beachtet wird, bieten auch dichte Quartiere einen hohen Lebenskomfort. Zentral für eine ausgewogene Sozialstruktur ist dabei ein vielfältiges Wohnungsangebot.

In den weitgehend überbauten Wohn- und Mischzonen im Aargau besteht noch ein erhebliches Innenentwicklungspotential, beträgt doch der Ausbaugrad heute lediglich 60 Prozent. In den bestehenden Gebäuden ist beispielsweise ein zusätzliches Nutzungsvolumen von 10 bis 30 Prozent vorhanden, möglichst für zusätzliche Wohneinheiten und nicht nur für die Vergrösserung der Wohnfläche. Nutzungspotential besteht zum Beispiel in Bahnhofsgebieten oder auch in unternutzten oder im Umbruch befindlichen Industrie- und Gewerbearealen.

Wie steht es im Aargau mit der Auslastung der Bauzonen?

Im Aargau ist die Auslastung in der Regel entspannter als in den umliegenden urbanen Kantonen, insbesondere Zürich, Zug und Basel-Stadt. Im Vergleich zu allen anderen Kantonen der Schweiz ist die Auslastung, insbesondere bei den Wohnzonen, vergleichsweise hoch. Ansonsten ist die aktuelle Situation nicht aussergewöhnlich oder wesentlich anders als in der Vergangenheit. Die Entwicklung ist und bleibt dynamisch.

VERANSTALTUNG DER SP KANTON AARGAU ZUM THEMA

Spannungsfeld Raumplanung im Aargau Wachstum ohne Ende oder zurück zur Natur?

Betrachtungen aus verschiedenen Interessenperspektiven

27. Mai 2014, 19.30 Uhr, Amtshimmel, Rathausgasse 3, Baden

Kurzreferate und Diskussionen

Gabi Lauper, Gemeinderätin, Niederlenz

Oliver Tschudin, ehemaliger Stadtrat Rheinfelden

Ruedi Lanz, Gemeinderat Reinach

Einführung und Moderation Jürg Cafilisch, Grossrat Baden



INITIATIVE «FÜR DIE OFFENLEGUNG DER POLITIKFINANZIERUNG»

Transparenz statt Korruption

Die Schweiz ist eines der einzigen demokratischen Länder ohne eine Regelung über politische Zuwendungen. Die JUSO wollen das für den Aargau mit einer Initiative ändern. Über diese wird am 28. September abgestimmt.

2010 schrieb Das Magazin: «Nur in der Schweiz gab es noch nie einen Parteispensendenskandal. Warum? Weil bei uns das Kaufen politischer Entscheide nicht verboten ist.» Das gilt noch heute. Versuche, dies durch nationale Vorstösse zu ändern, scheiterten. Nun hat das Aargauer Stimmvolk am 28. September die Möglichkeit, dem Kanton eine Vorreiterrolle in Sachen sauberer Politik zu verschaffen. Denn dann wird über die Initiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung» der JUSO Aargau abgestimmt. Die Initiative fordert die Offenlegung der Zuwendungen für Parteien. Zusätzlich zu der Finanzierung sollen Kandidierende und gewählte Mandatstragende ihre Finanzen und Interessenbindungen offenlegen.

Die Parteienfinanzierung läuft in der Schweiz intransparent. So zahlen Grossbanken jährlich mehrere Millionen Franken an die grossen bürgerlichen Parteien. Dies bestätigte vor mehreren Jahren ein anonymer SVP-Nationalrat dem Sonntagsblick: «Wir wurden von den Grossbanken jahrelang geschmiert». Aber nicht nur Banken kaufen sich in die Politik ein. Grosse Firmen wie die Rüstungs- oder Pharmaindustrie mischen ordentlich mit. Angeben, woher die Gelder kommen, muss niemand. Und die Abhängigkeit gewisser Parteien von grossen Spendern und Spenderinnen ist erschreckend. Wie die NZZ vor zwei Jahren berichtete, hatte die SVP diverse Rechnungen, teils im sechsstelligen Betrag, im Wahlkampf 2007 bar bezahlt. SVP, FDP und CVP finanzieren sich mindestens zu drei Vierteln über Parteispenden. Ein Grossteil davon stammt aus

einer Handvoll Einzelspenden. Da ist die Frage berechtigt, ob die Parteien nach politischen oder finanziellen Interessen handeln.

Auch einzelne Politiker und Politikerinnen lassen sich schmieren. Etliche Parlamentsmitglieder erhalten durch Mandate in Verwaltungsräten oder Beiräten ein ordentliches Zusatzgehalt. Auch im Aargau gab es Verstrickungen von Politik und Wirtschaft. Ein Beispiel dafür ist eine Geschichte aus dem Jahr 2009 im Zusammenhang mit FDP-Grossrat Daniel Heller. Dieser ist Partner der Politik- und Werbeagentur Farner Consulting. 2009 erreichte Heller durch einen entscheidenden Antrag, dass eine neue Baugesetzrevision im Grossen Rat eine Mehrheit fand. Im Nachhinein wurde bekannt, dass die Firma Farner Consulting ein Mandat zur Begleitung dieser Revision von einer Interessensgruppe diverser Grossverteiler (Migros, Coop, Ikea etc.) inne hatte.

Es ist Zeit, etwas zu unternehmen. Wegen solchen Skandalen misstrauen viele der Politik. Es ist schwer, bei Wahlen noch zu wissen, wer unabhängig und wer gekauft ist. In einer echten Demokratie dürfen Entscheidungen aber nicht gekauft werden. Zu einer echten Demokratie gehört Transparenz. Intransparenz ist der Nährboden für Korruption.

Sascha Antenen von Zofingen ist Präsident der JUSO Aargau und Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Brittinau.



KOMMENTAR

Planungsgebiet Bezirk Kulm

Ein Hauptziel der Bau- und Nutzungsordnung ist es, attraktiven Wohnraum zu schaffen und den Ortskern sowie die



Zentren besser auszulasten. Da aber klare rechtliche Grundlagen noch fehlen, fällt die Planung den Gemeinden schwer. Mit tendenziell tiefen Baulandpreisen und damit überpropor-

tional viel günstigem Wohnraum ist die Folge eine starke Bautätigkeit mit Investitionen und Folgekosten für die Gemeinden, es werden als strukturschwach geltende Menschen angezogen und der Steuerertrag sinkt. Ein weiteres Problem ist die Zersiedelung, da ein potentieller Investor am liebsten dort baut, wo es am günstigsten ist, vor allem ausserhalb des Dorfkerns. Dem versuchen wir mit Erleichterungen wie kleineren Bauabständen oder höheren Ausnutzungsziffern entgegenzuwirken. Die Baulandreserve wird reduziert werden müssen, was weder von den Landbesitzern noch von der Gemeinde goutiert wird. Vor allem, weil die Entschädigungsfrage nicht geregelt ist. Auch fehlen den Gemeinden die notwendigen gesetzlichen Grundlagen, um einen „Landhorter“ in die Pflicht nehmen zu können (bedingte Einzonung für eine bestimmte Zeit). Auf kantonaler Ebene ist also ein Ausgleich oder Abtausch der Bauzonenreserven zwischen den Gemeinden anzustreben. Wenn eine Gemeinde neu einzonen müsste, könnte sie einen Partner suchen, der bereit ist, das benötigte Land auszuzonen. Chancen bieten bei uns die hohe Landschaftsqualität und das gesellschaftliche und kulturelle Angebot. Auch ist hier auf kleinem Raum alles vorhanden, was man zum Leben braucht, und wir sind mit dem ÖV sehr gut angebunden.

Rudolf Lanz von Reinach ist SP-Gemeinderat.

Ein Nein zur Scheinlösung der Pädophilie-Initiative

Niemand will, dass pädosexuelle Übergriffe unbestraft bleiben und dass solche Täter weiter mit Kindern arbeiten können. Die Pädophilie-Initiative, über die am 18. Mai abgestimmt wird, taugt aber nicht gegen kriminelle Pädophile, ja, sie würde sogar einen Rückschritt für die schweizerische Rechtsprechung bringen, die nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit konzipiert ist. Das heisst, dass Angeklagte gemäss ihrer individuellen Tat verurteilt werden müssen und ein Berufsverbot vor seiner Verlängerung immer wieder geprüft werden muss. Die Initiative verlangt aber, dass ein Berufsverbot «endgültig» ist. So könnte auch eine Jugendliebe ein lebenslanges Berufsverbot als Lehrer, Pfleger etc. zur

Folge haben. Es gibt aber tatsächlich Mängel im Strafgesetzbuch, indem pädosexuelle Übergriffe nur in Ausübung eines Berufs (und nicht in der Freizeit) auch mit einem Berufsverbot für zum Beispiel Lehrpersonen bestraft werden. Darum wurde vom Parlament ein Gesetz geschaffen, das diese Mängel behebt, neu auch Gewalt gegen Kinder als Tatbestand aufnimmt (was die Initiative nicht tut) und 2015 in Kraft tritt. Die InitiantInnen von der Marche Blanche und ihre bürgerlichen TrittbrettfahrerInnen waren trotzdem nicht bereit, die überflüssig gewordene Initiative zurückzuziehen. Und wie die Umfragen vor der Abstimmung zeigen, verfängt der populistische Titel: Es muss befürchtet werden, dass auch die-

ser widersinnige Vorschlag an der Urne durchkommt.

Das hat auch damit zu tun, dass sich lange niemand mit einem Nein-Komitee die Finger verbrennen wollte. Inzwischen gibt es aber dieses Komitee, es ist überparteilich, und ausser der SVP sind alle Parteien darin vertreten. Die Aargauer SP-Delegierten haben einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Setzen wir uns also ein für unseren Rechtsstaat und gegen diese untaugliche Initiative!



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

> SEITE 16 Wie kann und wie will man mit dem Sog von Zürich, Basel, Zug und Luzern und der Erreichbarkeit der Regionen umgehen? Wie begegnet man dem Druck auf Einzonungen? Wie kann verhindert werden, dass der Grosse Rat das Siedlungsgebiet stets vergrössert und so die Zersiedelung fördert?

Die Umsetzung des NRP und des Raumkonzepts Aargau wird mit der Revision des Richtplans angestrebt. Einzonungen können künftig grundsätzlich nur noch innerhalb des im Richtplan langfristig festgesetzten Siedlungsgebiets

erfolgen. Zudem sind die Einzonungskriterien, unter anderem eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, einzuhalten.

Wird es viele Auszonungen und materielle Enteignungen geben? Im Aargau wurden in den 80er und 90er Jahren rund 2600 Hektaren Bauland ausgezont. Insofern sind nur noch vereinzelte Redimensionierungen von Bauzonen erforderlich.

Der Aargau hat am 3. März 2013 dem neuen Raumplanungsgesetz mit fast 67 Prozent zugestimmt.

Wird die neue Raumplanung im Aargau damit sowieso mehrheitsfähig? Wie will man das erreichen? Die Raumplanung ist immer mehrheitsfähig, wenn sie zweckmässige, überzeugende Lösungen räumlicher Herausforderungen bieten kann. Der Auftrag vom 3. März 2013 ist in diesem Sinne eine Bestätigung. Primäre Aufgabe ist es nun, den Richtplan an das NRP anzupassen. Die Umsetzung erfolgt ganz entscheidend durch die Regionen und Gemeinden bei der Nutzungsplanung – und damit auch durch die Bevölkerung.

PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNG VOM 18. MAI 2014

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

- Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin») **Ja**
- Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» **Nein**
- Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» **Ja**
- Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz). **Nein**

KANTONALE VORLAGEN:

- Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten». **Nein**

AGENDA

13. Mai, 20 Uhr
Parteirat
Restaurant Rathausgarten, Aarau

15. Mai, 19.30 Uhr
Frauenkonferenz
Grossratsgebäude Aarau, Otto-Kälin-Saal

16. Mai, 20 Uhr
Gründungsversammlung der neuen Sektion Mellingen-Wohlenschwil-Mägenwil
Restaurant Löwen, Mellingen

20. Mai, 3. und 17. Juni, 18 Uhr
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

27. Mai, 19.30 Uhr
Themenabend Raumplanung
Amtshimmel, Baden

21. Juni, ab 9.30 Uhr
Ordentlicher Parteitag
Kaserne, Aarau

26. Juni, 19.30–21 Uhr
Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin
Arbeiterstrandbad Tennwil

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
14. April 2014
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
2. Juni 2014
Erscheinen nächste Ausgabe
19. Juni 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Sascha Antenen, Martin Brügger, Stefan Dietrich (Foto S. 10), Manfred Dubach, Dieter Egli, Yvonne Feri, Marco Hardmeier, Viviane Hösli, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Daniel Kolb, Ruedi Lanz, Thomas Leitch, Marie-Louise Nussbaumer Marty, David Zehnder (Foto S. 9).